

Wortgegenwart:
— Gebührgesetzte Ausgabe 65 Pg. Ausgabe 100 Pg. für die Mindestzelle. Postkarten bis 8 Pg. Ausland 8 Pg. für die erste Seite werden keine Angelegenheiten genommen.

Wortgegenwart:
In Lodz und nächster Umgebung wöchentlich 2 Pg. 50 Pf. und monatlich 10 Pg. Durch die Post bezogen kostet sie 10 Pg. monatlich. Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt.

Freie Presse

Eigene Vertreter in: Aleksandrow, Bielsko, Chełm, Kalisz, Konin, Konstantynow, Lipno, Lubianice, Rypin, Sandomierz, Tomaszow, Turek, Włocławek, Zduńska-Wola, Zielona Góra

Nr. 39

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrkauer Straße 86

3. Jahrgang

Milderung der Auslieferungsbestimmungen.

Wien, 8. Februar. (Pat.)

Das K. B. meldet aus Paris: Die "Times" schreibt über die aktuelle Botschafterkonferenz: Man gerügt den Einfluß, daß Lloyd George unter dem Eindruck gewisser Kreise seine Ansicht über die Frage der Auslieferung der am Kriege Schuldigen geändert habe und daß sein Standpunkt sich mit dem der französischen Regierung nicht deckt. Es verlautet, Lloyd George sei der Ansicht, daß man die Auslieferungsliste und auch die Art der Aburteilung der Schuldigen so ändern müsse, daß die Deutschen die Note der Entente annehmen könne.

Die "Times" bemerkt hierzu: Die Verwirrung dieser Ansichten Lloyd Georges würde dem Friedensvertrag einen ernsten Schlag versetzen. "Daily Chronicle" sagt, daß die Liste der Personen, die Deutschland auszuliefern hat, der englischen Regierung überhaupt nicht vorgelegen habe und von dieser auch nicht angenommen worden sei. Man könne von keinem Volke verlangen, daß es 15 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten Personen ausliefern, die, wie Hindenburg, während des Krieges nur ihre Pflicht getan haben.

"Journal" teilt mit, Churchill habe in einer Versammlung erklärt, daß alle die Deutschen, welche die Gefangenen gequält haben, bestraft werden müssten; doch gehe daran nicht hervor, daß es gerecht wäre, eine Massenauslieferung von Generalen, Staatsmännern und Mitgliedern des Kaiserlichen Hauses zu verlangen.

Einer weiteren Meldung zufolge, hat die Botschafterkonferenz unter dem Vorsitz Millerands einstimmig beschlossen, daß die Liste der Auszuliefernden unverzüglich durch den französischen Geschäftsträger in Berlin dem deutschen Reichskanzler überreicht werden soll.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Parteiführer und die Reichskanzler traten zu einer Konferenz zusammen, in der sie zu der Überzeugung gelangten, daß die Frage der Schuldigen nur mit Hilfe des Parlaments gelöst werden könne. Dieses werde sofort zusammenkommen, sobald der Inhalt des Dokuments, welches die Auslieferung verlangt, bekannt sein wird.

Frankreichs Unnachgiebigkeit.

Lyon, 8. Februar. (Pat.)

Ministerpräsident Millerand hielt in der Deputiertenkammer zur Frage der Auslieferung der am Kriege Schuldigen eine Rede. Er sagte u. a.: Wenn eine derartige Vergewaltigung des Friedensvertrages seitens Deutschlands toleriert wird, so riskieren wir, daß auch alle anderen Bestimmungen des Vertrages zu jeder Zeit in Frage gestellt werden können. Wenn die französische Regierung es zuläßt, daß die Deutschen die gerechten Forderungen der Entente nicht erfüllen, wie kann sie dann den eigenen Staatsbürgern so große Steuerlasten auferlegen? Bei der Abstimmung wurde dem Kabinett Millerand mit einer Mehrheit von 500 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Hollands Ablehnung.

Norddeich, 8. Februar. (Pat.)

Aus dem Haag wird gemeldet: Die holländische Kammer befürwortete die ablehnende Antwort der Regierung auf die Note der Entente, in der die Auslieferung Kaiser Wilhelms verlangt wurde.

Einer Meldung aus Lyon folge ist die Redigierung der Antwort der Entente auf die Note der holländischen Regierung beendet, sie soll aber noch den Gegenstand der Beratung in einer Konferenz der Ministerpräsidenten der Entente bilden, die dieser Tage in London stattfinden wird.

Ein schweizerisches Dementi.

Wien, 8. Februar. (Pat.)

Das K. B. meldet aus Bern: Von möglicher schwizerischer Seite wird die Nachricht dementiert, wonach die Schweiz sich bereit erklärt haben soll, den Auftrag zur Aburteilung Kaiser Wilhelms zu übernehmen.

Die deutschen Verluste an Land und Volk.

Nach der letzten allgemeinen Volkszählung vor dem Kriege (Dezember 1910) schätzte das Deutsche Reich auf 54 857 000 Einwohner eine Bevölkerung von 64 925 993 Einwohnern. Nach dem Friedensschluß scheinen hieron ohne weiteres aus dem Reiche aus die Aburteilungsgebiete. Es sind dies 65 014 Gewerkskilometer mit 6 062 101 Bewohnern, wovon 50 086 Gewerkskilometer mit 4 112 191 Bewohnern auf Preußen entfallen, der Rest entfällt auf Elsaß-Lothringen mit 14 521 Gewerkskilometern und 1 874 014 Bewohnern und auf Bayern mit 405 Gewerkskilometern und 75 896 Bewohnern. Auf das Saargebiet entfallen 1 860 Gewerkskilometer mit 644 792 Einwohnern.

Von den aus dem Reiche ausscheidenden Bewohnern der Aburteilungsgebiete sprechen als Muttersprache 3 823 000 deutsch und 1 729 000 polnisch, sowie 204 000 französisch. Der Rest eine sonstige nichtdeutsche Sprache.

Die Aburteilungsgebiete machen 12,02 v. H. der bisherigen Gesamtfläche des Deutschen Reiches aus und umfassen 9,84 v. H. der bisherigen Gesamtbevölkerung.

Die Aburteilungsgebiete machen 6,18 v. H. der Gesamtfläche aus und umfassen 4,73 v. H. der Gesamtbevölkerung. Im ungünstigsten Falle würde das Reich somit 98 433 Gewerkskilometer — 18,20 v. H. seiner bisherigen Fläche und 9 133 061 Einwohner — 14,07 v. H. seiner bisherigen Bevölkerung verlieren.

Die ungarnischen Thronbewerber.

Das "Neue Wiener Tagblatt" veröffentlicht auf Grund einer Unterredung mit einem ungarischen Politiker eine Liste der ungarischen Thronbewerber. An erster Stelle wird der frühere Kaiser Karl kandidieren, den der Ministerpräsident, ferner Prinz Windischgrätz, Metternich, sowie Prinz Sigismund von Barmen und Frankreich unterstützen. An zweiter Stelle wird Karl Otto genannt, für den eine Regentenschaft eingesetzt werden würde. Für ihn treten der gegenwärtige Oberkommandant Rothay, die Grafen Albert Aponyi und János Andrássy, die auch für die Regentenschaft in Betracht kommen, ein. An dritter Stelle steht Erzherzog Joseph, der vom Ministerpräsidenten Friedrich und der konservativen Partei sowie vom Ackerbau- und Handelsminister Hobnai und den Führern des konservativen Flügels der Bauernpartei festgestellt wird, an vierter Stelle der 22jährige Erzherzog Albrecht, Sohn des Erzherzogs Friedrich, den die aktiven Offiziere unterstützen. Der geistige Führer dieser Gruppe ist der gewesene Staatssekretär im Kriegsministerium Gömbös, der bei der letzten Regierungswahl hervorragend tätig war. Der fünfte Kandidat ist Prinz Cyril von Bulgarien, der zweite Sohn des früheren Königs Ferdinand, der sich angeblich mit Sophie, der Tochter des Erzherzogs Joseph, verlobt hat.

Der Gewährsmann des "Neuen Wiener Tagblatt" fügt hinzu, daß eine sehr starke Partei in Siebenbürgen alle diese Kandidaturen ablehnt und für eine Personalunion mit Rumänien eintritt mit der Begründung, ein selbständiges Ungarn sei von drei mächtigen Feinden, den Tschechen, den Ungarn und den Rumänen, umgeben.

Nach einer havas-Meldung nahm die Botschafterkonferenz eine Entscheidung an, in der es heißt: Da von der ungarischen Regierung wie

von den Regierungen der Tschechoslowakei, Rumänien, Polen, Jugoslawien und Österreich der Friedensvertrag ratifiziert wurde, erklärten die alliierten Hauptmächte, daß sie nicht zugestimmt, daß die Wiedereinführung des Hauses Habsburg als eine Angelegenheit betrachtet werde, die lediglich die ungarische Nation betreffe und daß eine derartige Wiederherstellung weder außerstande noch geduldet werden könnte.

Die belgisch-holländischen Verhandlungen.

Lyon, 8. Februar. (Pat.)

Aus Brüssel wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen Belgien und Holland in der Frage der Revision des Vertrages vom Jahre 1839 sind ihrem Abschluß nahe. Holland will sich in einige Modifikationen des Vertrages zwischen Belgien ein, insbesondere hinsichtlich Lüttich. Die Unterzeichnung des Vertrages wird wahrscheinlich Ende dieses Monats in Paris erfolgen.

Millerand über die russische Frage.

Paris, 8. Februar. (Pat.)

Zur russischen Frage sagte Millerand in der Kammer: Die Handelsbeziehungen mit dem russischen Volke sollen zwar durch Vermittelung der Kooperativen aufgenommen werden, doch erklärte sich die Entente für die Beibehaltung des bisherigen Standpunktes zur Sowjetregierung. Wir sind fest entschlossen, uns in die inneren Angelegenheiten des russischen Volkes nicht einzumischen.

Lotales.

Lodz, den 9. Februar 1920.

Gedenktafel für gefallene Lodzer Soldaten. Die Lodzer Abteilung des polnischen Roten Kreuzes hat beschlossen, in der St. Stanislaus-Kirche eine Tafel zur Erinnerung an die gefallenen Lodzer Soldaten einzumauern. Die Angehörigen solcher Soldaten werden gebeten, die Namen der Leichen im Hause des Roten Kreuzes, Petrkauer Straße 86, von 9—1 Uhr anzumelden.

Die Prügelstrafe für Kettenhändler. Dem "Kurier Polki" zufolge wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der für Kettenhändler und Bucherer die Prügelstrafe vorsieht. Der Gesetzentwurf soll dem Sejm in den nächsten Tagen zugehen.

Das 14. Monatsgehalt für Lehrer. Der Kreischulinspektor von Lodz Grabinski, wird am Dienstag, den 10. d. Mts., von 1—6 Uhr nachmittags im Lokale in der Piastowiczstraße 5 den Lehrern der Volkschulen das 14 Monatsgehalt auszahlen. Tags darauf erhalten es die Lehrer der deutschen und jüdischen Volkschulen ausbezahlt.

Neue Gehaltsforderungen der Staatsbeamten. Eine Abordnung der Staatsbeamten überreichte dem Ministerpräsidenten eine Declaratschrift, in dem eine bessere Versorgung der Beamtenfamilien durch Neuordnung des Amtes zur Verbesserung der Beamten gefordert wird. In der Schrift wird weiter angeführt, daß die bisher bestillten Tenerenzszulagen angehoben werden. Die eingetretenen Preissteigerung auf ein Niveau herabgesunken ist.

Schulkreis Tage. Die Schulabteilung des Ministeriums für Religionsbelangen und öffentliche Ausbildung gibt bekannt, daß bis zum Schlusse des Schuljahres (im Juli) folgende Tage schulfrei sind: 16., 17. Februar (Fasching und Aschermittwoch), 25. März (Mariä Verkündigung). Osterferien vom 27. März mittags bis 12. April einschließlich. Beginn des Unterrichts am 13. April früh. — 3. Mai (Nationalfeiertag), 8. Mai (Stanislaus), 18. Mai (Himmelfahrt), 24. Mai (Pfingsten), 3. Juni (Fronleichnamfest).

Lodz und der Sejmarschall. Anlässlich des 60-jährigen Geburtstages des Sejmarschalls Trompowsky stellte ihm eine Lodzer Abordnung, bestehend aus den Herren: Mediatent Gajewski (Rozwadz), Edward Wagner, Direktor der Schreiberschen Fabriken und dem Industriellen Paul Holz, einen Besuch ab. Die Abordnung überreichte dem Marschall eine Adresse mit 100 Unterschriften der Verwaltungen verschiedener Werke.

Im Innern und anderer gesellschaftlicher

Einrichtungen, die zusammen 15 000 Mitglieder zählen, Mediatent Gajewski und Zug. Wagner hielten Ansprachen. Der Marschall dankte ihnen für die Glückwünsche und gab hervor, daß trotz des gegenwärtigen schweren Augenblicks Polen dennoch einer leichten Zukunft entgegen gehe.

Wiesbaden. Die Veranstalter haben beschlossen, mit den Säulen zu brechen und daher von der Aufführung eines eigentlichen Programms abzusehen, ohne jedoch am Überzeugungen zu verzichten. Im Gegenteil: die Überzeugungen sollen auf dem Feste ein großes Werk mitprägen. Das die Veranstalter eine Ueberleitung herangeben werden, ist schon berichtet worden. Die Schriftleitung des "Süß" — so wird das Eintrittsblatt, das im Laufe des Fests gewiß eine hochbewertete Seltenswert werden wird, heißen — nimmt Beiträge auch von wichtigen Leuten dieses Blattes fern entgegen, und zwar bis Mittwoch. — Für die Damen wird auf dem Balle ein besonderes Ankleidezimmer vorhanden sein, zum Tanz werden zwei Orchester ausspielen. Die Verkaufsstelle der Eintrittskarten werden demnächst bekanntgegeben.

Erhöhung der Zollzuschläge von 200 auf 900 Prozent. Einer Verordnung des Finanzministeriums zufolge wurde der Zuschlag zu den Zolleinheiten von 200 auf 900 Prozent erhöht, und zwar infolge des Unterschieds zwischen der Gold- und Papiermark.

Kommunale Leih- und Sparkasse. Am 1. April erscheint beim Lodzer Kreistag eine kommunale Leih- und Sparkasse. Am 1. April erscheint beim Lodzer Kreistag eine kommunale Leih- und Sparkasse.

Schließung eines Krankenhauses. Am 1. April soll infolge des Mangels an Lebensmitteln das städtische Hospital für Dienstleute (Tramwajowafir.) geschlossen werden.

Zur Nachahmung empfohlen. Der Regierungskommissar der Stadt Warsaw erließ eine Verordnung, wonach das Ankleben von privaten Plakaten an Häusern und Bäumen untersagt ist.

Der Großhandel mit Arzneimitteln. Einer Verordnung des Gesundheitsministeriums zufolge kann der Großhandel mit Arzneimitteln nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis ausübt werden. Diese gestattet dem Besther den Verkauf der Arzneimitteln an Kleinhändler, Verarbeiter, an ärztliche Verbraucher, wie Spitäler, Krankenhäuser sowie an Institutionen und Personen, die eine ministerielle Genehmigung zum Einkauf bestehen. Die Genehmigung zum Großhandel mit Arzneimitteln erteilt das Gesundheitsministerium. Personen, die eine derartige Erlaubnis besitzen, müssen solche bis zum 15. Februar zwecks Prüfung ihrer Gültigkeit im Bezirksamt für öffentliche Gesundheit unter Angabe der Firma, des Namens des Besther sowie des vorwärtsliegenden Besters und des Sitzes des Unternehmens vorlegen.

Für Briefmarkensammler. Die neuen deutscherösterreichischen Briefmarken kommen auch geschulten vor.

Als in Finnland vor bald 30 Jahren die reaktionäre Verfassung einzog, da legte die Bevölkerung Bandenstrümpfe an. Es wurde auch eine Träumermarke ausgegeben, die weite Verbreitung gefunden hat und jetzt eine Sammlerstücke Seltenheit bedeutet. In dieser Art hat soeben der "Deutsche Schatzmarken-Verein" (vertreten durch Dr. Winterstein in Kassel, Humboldtstraße 30, Postleitzahl Kassel Nr. 6783 in Frankfurt am Main) drei deutsche Träumermarken herstellen lassen, als Briefverschlässe z. dgl. zum Massenverbrauch bestimmt, die in jeder Menge abgegeben werden, das Stück zu 2 Pfg. Die Marken sind schwarz-weiß gehalten. Die eine trägt die Mahnung „Ni vergessen!“ und zeigt im Bilde einen niedergestreckten Menschen, der seine mit Ketten beschworene Arme hilfesuchend zur Sonne emporhebt, die beiden anderen zeigen die eingefasste deutsche Kaiserlichkeit. „Es ruht eine Krone im leeren Grab.“

Damit aber auch der Humor zu seinem Recht kommt, sind bei derselben Stelle zwei Ansichtskarten zum Preise von je 15 Pfg. erschienen, beide mit dem schwarz-weiß roten Straßburger Storch und einem wichtigen Gedicht.

Das ehemals österreichische Zeitungs- und Besitzungsgebiet Polens hat die Verwendung von Kronen- und Kronenmarken eingestellt. Es werden dort jetzt gleichfalls Mark- und Pfennigmarken verwendet.

